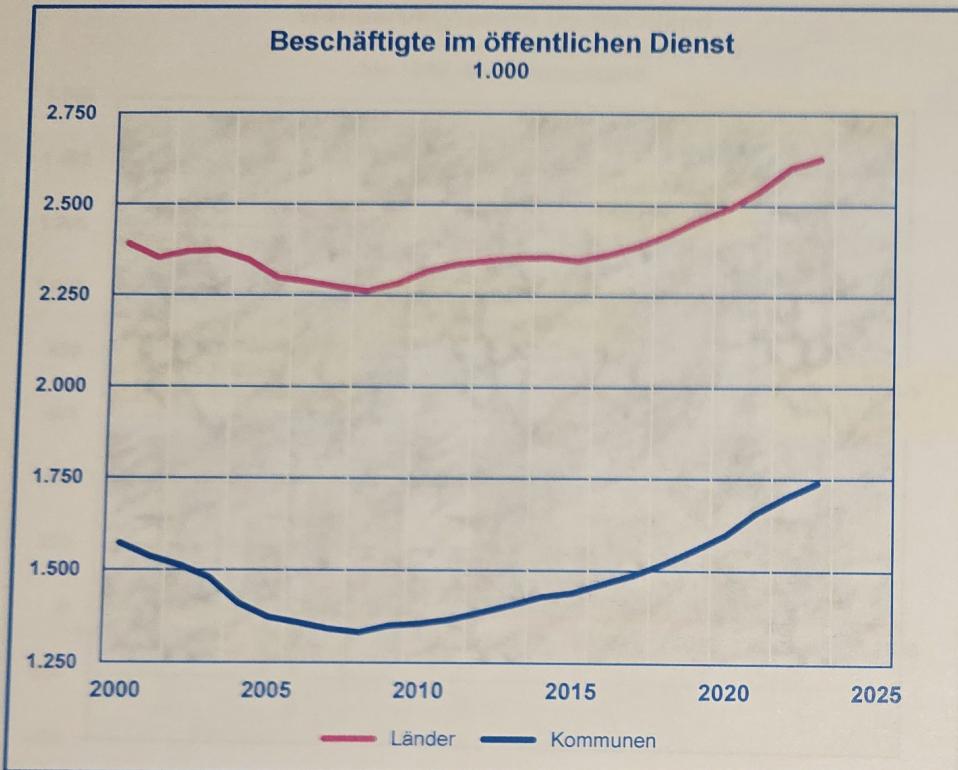


Öffentliche Verwaltung: Weder pragmatisch noch lösungsorientiert



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die Betreuung der Flüchtlinge liegt vor allem bei den Kommunen. Sie sorgen für Unterkunft, Verpflegung, Begleitung im Asylverfahren und organisieren Sprach- und Integrationskurse. Die zuständigen Ausländerämter haben einen Betreuungsschlüssel von 500 bis 1.000 Personen, was bei rund 220 Arbeitstagen im Jahr eine maßlose Überforderung signalisiert.

Aber auch die heimische Bevölkerung, die auf die öffentliche Verwaltung in vielen Lebenslagen angewiesen ist, erleben diese als langsam, mit einer unverständlichen Sprache, kaum nachvollziehbaren Anforderungen und damit hochgradig dysfunktional. Der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle führt dies im Kern auf eine immer stärkere Regelungsdichte, einer zunehmenden Kompliziertheit der Normen sowie eine von Absicherungs- und Zuständigkeitsdenken geprägte Verwaltungspraxis. Der Gesetzgeber sollte sich vom Bestreben nach Einzelfallgerechtigkeit verabschieden – denn sie verkehrt sich zumeist ins Gegenteil. Bürger ebenso wie die Verwaltung kämpfen mit hohem Zeit- und Geldaufwand. Den Perfektionsanspruch muss man durch robuste, pragmatische Regelungen beseitigen.

Zwar beklagt die öffentliche Verwaltung mangelnde Finanzmittel und unzureichend Personal. Die Zahl der Beschäftigten hat allerdings bei den Kommunen in den letzten 10 Jahren um 24% zugenommen, bei den Ländern immerhin um 12%. Selbst in der heutigen Lage gibt es oftmals erhebliche Entscheidungsspielräume. Man muss es nur wollen und Bürgerferne durch Dienstleistungs- und Kundenorientierung ersetzen.